

Kampf um KI-Talente: „Europa ist zu langsam“

Hochkarätige Diskussionsrunde an der JKU in Linz

VON MARTIN ROITHNER

LINZ. Eigentlich könnte Sepp Hochreiter allen Grund zur Freude haben: Rund 2000 Menschen absolvieren an der Johannes Kepler Universität derzeit ein Bachelor- oder Masterstudium der künstlichen Intelligenz (KI), in kaum einem anderen Bereich ist der Andrang derart groß. Hochreiter - mit der von ihm erfundenen und in jedem modernen Handy steckenden Technik Long short-term memory (Basis für Spracherkennung) ein KI-Pionier und Professor an der JKU - weiß um die Kompetenz dieser Akademiker, die Mensch mit Maschine kombinieren und den heimischen Arbeitsmarkt bereichern.

Das ist die Wunschvorstellung. In der Realität konkurrieren allerdings Österreich und Europa bei KI mit den Großmächten USA und Asien. Vor allem in den USA locken Tech-Konzerne KI-Experten mit Gehältern, die in Europa zum Teil nur Vorstandschefs börsennotierter Konzerne vorbehalten sind.

Hochreiters Befund: „Wir sind in Europa zu langsam, wir müssen aufpassen, dass uns das nicht auf den Kopf fällt.“ Ehe eine KI-Idee zur Umsetzung komme, drohe sie durch Bürokratie im Keim zu ersticken. Dafür erntete Hochreiter am Montagabend Applaus bei einer Diskussionsrunde mit Branchenexperten. Schauplatz war das LIT Open Innovation Center der JKU.

Dass Österreich bei KI-Nutzung nicht zu den Vorreitern gehöre, zumal in der Industrie, sei Tatsache, sagt Keba-Vorstandschef Christoph Knogler, der das Thema auch als Leiter der bundesweiten Taskforce der Industriellenvereinigung voranzutreiben versucht. Zum Teil

sei der Rückstand auch hausgemacht: „Man braucht sich nur in den Spiegel zu schauen. Die meisten von uns nutzen die Dienstleistungen von US-Konzernen und finanzieren so deren Geschäftsmodelle.“

Bei dem von ihm geführten Linzer Automatisierungsspezialisten mit rund 2000 Beschäftigten in 16 Ländern gehe es darum, ihn „mit neuen Technologien zukunftsfit zu machen“. Häufig scheitere der Einsatz von KI auch an der Akzeptanz in Klein- und Mittelbetrieben, die den Großteil der heimischen Wirtschaft bildeten, sagt Hermann Erlach, Österreich-Chef des US-Konzerns Microsoft. Dabei gehe es nicht darum, KI als technische Neuerung zu sehen, sondern bei Firmenchefs oder -eigentümern zu verankern. Darin sieht Google-Österreich-Chefin Maimuna Mosser einen ebenso großen Hebel wie im vermehrten Einsatz von KI im öffentlichen Sektor.

Die Postkarte und ihr Inhalt

Schmunzeln im Hörsaal löste Investor Frederik Debong aus, der aus Schweden stammt und den Digitalisierungsgrad Österreichs so beschreibt: „Vor 20 Jahren hat mir ein Freund eine Postkarte geschrieben. Darin stand, wenn einmal die Welt untergehen sollte, soll ich nach Österreich kommen, weil dort alles zehn Jahre später passiert.“ Natürlich entspreche das nicht den Tatsachen, fügte Debong an. Aber es liege in Österreich enormes Potenzial ungenutzt herum - etwa in Form von Vermögen auf Sparbüchern, das Start-ups und Unternehmen als Investitionen zugutekommen und so zum Wachstum eines Ökosystems beitragen könne.



Sepp Hochreiter, Maimuna Mosser, Hermann Erlach, Christoph Knogler (v.l.)



Ein Frachtschiff beim Einlaufen in den chinesischen Hafen in Qingdao. US-Bezug kostet künftig extra. Fotos: APA/AFP/Arif Kartono

Zollstreit USA-China schlägt auch auf hoher See Wellen

Chinas Exporte wachsen trotz Handelsstreit stark



„Bisher ist nur die Hälfte der Exportgenehmigungen für seltene Erden von Peking bearbeitet.“

■ Maros Sefcovic,
EU-Handelskommissar

WASHINGTON/PEKING. Seit Dienstag erheben die beiden weltgrößten Volkswirtschaften gegenseitig zusätzliche Hafengebühren für Hochseeschiffe. Damit weitet sich der Handelskonflikt zwischen den USA und China auf die Weltmeere aus, was wiederum den weltweiten Güterverkehr beeinflussen könnte.

Die Volksrepublik hat begonnen, Sondergebühren für Schiffe zu verlangen, die sich in US-Besitz befinden, von US-Firmen betrieben werden, in den USA gebaut wurden oder unter US-Flagge fahren. Umgekehrt hat US-Präsident Donald Trump Anfang des Jahres Gebühren für Schiffe mit China-Bezug angekündigt. Ziel sei es, den Einfluss Chinas auf die globale Schifffahrtsindustrie zu verringern und den US-Schiffbau zu stärken.

Analysten erwarten, dass die chinesische Container-Reederei Cosco am stärksten von den Sondergebühren betroffen sein wird und im Jahr 2026 fast die Hälfte der für diesen Sektor erwarteten Kosten von 3,2 Milliarden US-Dollar (2,77 Milliarden Euro) tragen dürfte. „Diese Politik nach dem Motto ‚Wie du mir, so ich dir‘ verstrikkt beide Volkswirtschaften in eine Spirale maritimer Besteuerung, die die globalen Frachtströ-

me zu verzerrn droht“, hieß es in einer Analyse des in Athen ansässigen Schiffsmaklers Xclusiv Shipbrokers. Nicht alle Beobachter sehen das so. Die Frächter könnten die Kosten einfach weitergeben, was Produkte aber verteuern könnte, meinen andere.

Exporte werden umgeleitet

Laut den chinesischen Zollbehörden hat sich der Außenhandel Chinas mit der Welt trotz des Handelsstreits mit den USA in den ersten neun Monaten prächtig entwickelt. Die Ausfuhren gemessen in US-Dollar legten um 8,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat zu. Parallel wuchsen die Einfuhren um 7,4 Prozent. Der Han-

del mit den USA freilich reduzierte sich deutlich. China erweist sich insgesamt als relativ robust und kann die Warenausfuhren in anderen Märkten unterbringen, etwa in Südostasien, Afrika, aber auch in der Europäischen Union, was Preise in der Auto-, Stahl- oder Lieferdienstindustrie sinken lässt.

Insidern zufolge erschwert China bereits seit September die Ausfuhr von Magneten aus seltenen Erden. Anträge auf Ausfuhrgenehmigungen würden strenger geprüft und nun häufiger mit der Bitte um zusätzliche Informationen zurückgeschickt. China ist der weltgrößte Lieferant von seltenen Erden, einer Gruppe von 17 Elementen, die für Produkte von Elektrofahrzeugen bis hin zu Militärrädaren von entscheidender Bedeutung sind. Peking hatte die Kontrollen in der vergangenen Woche ausgeweitet und damit den Zorn der USA auf sich gezogen.

Chinas Ankündigung verschärfter Exportkontrollen hatte in der vergangenen Woche bereits zu einer Eskalation des Handelsstreits mit den USA geführt. US-Präsident Donald Trump ließ daraufhin mitteilen, weitere Zölle in Höhe von 100 Prozent gegen chinesische Produkte ab 1. November erheben zu wollen.

Grüner Zement - es tut sich was

Zwei Zementhersteller aus Oberösterreich verkleinern ihren Fußabdruck

OHLSDORF/GMUNDEN. Die Zementherstellung ist nicht nur das Fundament der Bauwirtschaft, sondern wegen des CO₂-Ausstoßes bei der Kalkbrennung ein großer Treiber des Klimawandels. Rund acht Prozent des weltweiten Treibhausgas-Ausstoßes gehen auf das Konto der Zementindustrie. Daran versuchen zwei oberösterreichische Unternehmen etwas zu ändern.

Cyment Austria, ein Tochterunternehmen des Asamer-Konzerns, genauer der ALAS Baustoff Holding in Ohlsdorf, hat jahrelang an einem Zement geforscht, der 95 Prozent CO₂-Einsparung gegenüber herkömmlichen Verfahren bringt. Das bedeutet im Endprodukt Beton ein um 50 Prozent verkleinerter ökologischer Fußabdruck. Eine (noch nicht ausgelastete) Produktionsanlage steht in Ungarn nahe der österreichisch-slo-



Reinhard Kandera ist Geschäftsführer der Cyment Austria GmbH. (Werk)

wäischen Grenze. Für das Produkt „cyment“ wurden 1300 verschiedene Materialien im Forschungslabor getestet, berichtet Reinhard Kandera, Geschäftsführer der Cyment Austria GmbH.

Hauptsächlich Schlacke aus der voestalpine wird nun als Zusatzstoff verwendet - ein Gewinn für Lieferant und Abnehmer gleichermaßen. Der Beimischungsgrad des „grünen Zements“ kann flexibel an

das jeweilige Einsatzgebiet angepasst werden, so Kandera, vom Hoch- und Tiefbau bis zur Anwendung in massigen und wasserundurchlässigen Bauwerken. In der Nähe des Firmensitzes in Ohlsdorf sei mittelfristig auch eine Cyment-Anlage geplant.

Das Rohrdorfer-Zementwerk in Gmunden produziert aktuell drei CO₂-reduzierte Zemente. Die Sorte „EcoFusion C“ weist beispielsweise eine Verringerung um 50 Prozent gegenüber 1990 auf. Die Nachfrage danach sei gut, weil die Vorgaben für öffentlich ausgeschriebene Bauwerke gewisse Klimaschutz-Maßnahmen verlangen. CO₂-reduzierter Beton hilft der Klimabilanz eines Gebäudes wesentlich. Mit einer neuen Membranabscheideanlage filtert Rohrdorfer außerdem unvermeidbares CO₂, das in Amiensäure umgewandelt wird. (uru)

Fachkräftemangel trotz Rezession

WIEN. Obwohl die Arbeitslosigkeit steigt, ist die Suche nach Arbeitskräften laut Agenda Austria in vielen Branchen nach wie vor schwierig.

In Oberösterreich sind sechs von zehn offenen Stellen, oder 30 von 79 Berufen, von Knappheit betroffen. Das bedeutet, dass in diesem Beruf weniger als zwei Arbeitslose auf eine offene Stelle kommen. Das andere Extrem ist ein Überschuss an Arbeitskräften, wenn pro offener Stelle sechs Personen arbeitslos sind. In Oberösterreich ist das nur bei sechs Prozent der offenen Stellen der Fall.

Damit liegt das Bundesland deutlich über dem Österreichschnitt von 31,2 Prozent Stellen in knappen Berufen und 20 Prozent mit Arbeitskräfte-Überschuss. Besonders knapp sind die Fachkräfte in technischen, handwerklichen und Gesundheitsberufen. (maf)



Heute ist Tag des Kalenders. (Colourbox)

Papierkalender bleiben beliebt

LINZ. Obwohl viele Menschen den Kalender am Handy nutzen, bleibt der Absatz von Stehkalendern für den Schreibtisch konstant. Das liegt daran, dass Banken und Versicherungen aufgehört haben, sie als Werbegeschenke zu verteilen, sagt Markus Berger, stellvertretender Obmann des Landesgremiums für Papier- und Spielwarenhandel in der Wirtschaftskammer.

Trotzdem sperren viele dieser Geschäfte zu; meistens, weil die Eigentümer in Pension gehen. (maf)